

Opposition greift Landesregierung für ihre Schulpolitik an

CDU und FDP werfen Rot-Grün Missachtung der Lehrer vor und warnen vor Benachteiligung des Gymnasiums

Wir haben etliches aufzuarbeiten, was Sie uns an Bildungsbaustellen hinterlassen haben.



Kultusministerin Frauke Heiligenstadt greift die Opposition an.

VON HEIKO RANDELMANN

HANNOVER. Während sich die Pädagogen vor dem Kultusministerium sammelten, stritten im Landtag die Schullehrer der Parteien über die Bildungspolitik der Landesregierung. CDU und FDP warfen Rot-Grün vor, alle Lehrer verprellt und gegen sich aufgebracht zu haben. Rot-Grün wiederum wies daraufhin, dass es eine ähnliche Lehrer-Demo wegen Arbeitszeitkonten bereits vor fünf Jahren gegeben habe – gegen die damalige schwarz-gelbe Landesregierung. „Noch vor der Landtagswahl haben SPD und Grüne um die Lehrerinnen

und Lehrer gebührt“, sagte Björn Försterling (FDP). Man habe Arbeitszeitverlängerungen ausgeschlossen, ein Amtsen der Altersermäßigung ebenso. „Und jetzt? Pustebäume“, so Försterling. „Die Lehrer müssen erkennen, dass die Ministerin sie in Watte gepackt und zur Schlachtkasse des Finanzministers geführt hat“, sagte der Schullehrer. Er forderte die Landesregierung auf, die beschlossenen Arbeitszeitverlängerungen zurückzunehmen. „Ausgerechnet die Gruppe der Gymnasiallehrer wird benachteiligt“, sagte CDU-Schullehrer Kai Seefried. Nur ihnen werde die Arbeits-

zeit um eine Unterrichtsstunde erhöht. Gleichzeitig kürze die Ministerin die Lehrerstellen an den Gymnasien. „Dieses Vorgehen hat System. Wir erleben eine Verlagerung der Ressourcen von den Gymnasien weg zu den integrierten Gesamtschulen“, schimpfte Seefried. Die Grünen-Abgeordnete Ina Korter nannte die Argumente der Opposition „demagogisch“, was ihr einen Ordnungsruf einbrachte. Die Arbeitszeitverlängerung für die Gymnasiallehrer sei „niemandem leicht gefallen“, aber sie sei notwendig. „Die Landesregierung steht vor der großen Herausforderung, die Personalausstattung

der Schulen weiter deutlich aufzustoßen“, sagte die Bildungsexpertin. Die Schuldenbremse zwingt das Land, seine Ausgaben zurückzufahren, daher brauche man die Ressourcen aus den Arbeitszeitverlängerungen. Korter erinnerte daran, dass die Unterrichtsverpflichtung für Lehrer an Gymnasien von 23,5 auf 24,5 Wochenstunden angehoben werde, während Gymnasiallehrer an Gesamtschulen schon jetzt 24,5 Stunden pro Woche unterrichten würden. Gleichwohl zeigte sie sich auch dialogbereit: Sie sprach sich dafür aus, mit den Gewerkschaften über eine

„zukunftsfähige Altersermäßigung“ zu sprechen. Die Regierungsparteien hielten der schwarz-gelben Opposition im Gegenzug Versagen in der Bildungspolitik der vergangenen Jahre vor. Es sei unglücklich, wenn die CDU den Lehrern nun zur Seite springe, meinte der SPD-Abgeordnete Christoph Bratmann. „Wir haben etliches aufzuarbeiten, was Sie uns an Bildungsbaustellen hinterlassen haben“, ergänzte Ministerin Frauke Heiligenstadt. 2008 hatten rund 10.000 Lehrer vor dem Landtag gegen Arbeitszeitverlängerungen der schwarz-gelben Landesregierung protestiert.

Was wir hier erleben, ist ein Schlag in das Gesicht unserer niedersächsischen Lehrkräfte.



Der CDU-Schullehrer Kai Seefried kritisiert die Regierung.